

# Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichungsweise: täglich (nur Werktags).  
Einzelpreis: monatlich 3.90 Mark einchl. Postgebühren  
oder Briefpost.  
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Ruch.  
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei  
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige 8-Zeilenzeile oder deren  
Raum 70 Hg. Die 91 mm breite Reklamzeile 2.10 Mk.  
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.  
Anzeigenannahme des 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 155

Limburg, Freitag, den 9. Juli 1920.

83. Jahrgang

## Spaa.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Die dritte Sitzung der Konferenz fand heute nachmittag um halb 4 Uhr statt. Reichsminister Simons schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Ablieferung des Heeresmaterials und gleichzeitiger Herabsetzung der Truppenstärke verbunden seien, da wir, um das Material zu erlangen, im Notfall Truppen einlegen müssten und auf eine ausreichende Sicherung unserer Produktion nur verzichten könnten, wenn die wirtschaftlichen Vereinbarungen in Spaa uns industriell und finanziell über die schwere Krisis dieses Sommers hinweghelfen. Trotzdem wollen wir, dem Wunsch Lloyd Georges entsprechend, bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresverminderung geben. Wir begnügen aber die Erwartung, daß die Alliierten in weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage bewiesen, daß sie uns bei Unterdrückung des Heeresmateriales aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Gebiet verlegen und daß sie insbesondere auf dem Abmarsch der Garnisonen aus der sogenannten neutralen Zone nicht bestanden, da andernfalls dort Revolten, zum mindesten aber schwere Unruhen der leidenden Industriearbeiter unvermeidlich seien.

Darauf legte General von Seckt ausführlich den Plan der Ablieferung des restlichen Heeresmaterials und der gleichzeitigen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für letzteres gab er ein Jahr, für letzteres fünf Vierteljahre als Termin an. Er ging besonders auf die große Zahl der in Deutschland noch befindlichen Gewehre ein, von denen rechnungsmäßig noch beinahe drei Millionen abzuliefern seien und fast zwei Millionen keinen nachweisbaren Verbleib hätten. Die Verminderung der Reichswehr könne daher nur allmählich erfolgen. Sie solle bis zum 1. September 1920 auf 190 000, bis 1. 1. 1921 auf 180 000, bis 1. 4. 1921 auf 160 000, bis 1. 7. 1921 auf 130 000 und schließlich bis 1. 10. 1921 auf 100 000 Mann herabgeführt werden. Entsprechend würden die Infanterie-Brigaden reguliert und gewisse Hilstruppen beschleunigt aufgelöst werden. Für eine besondere Besprechung der militärischen Sachverständigen meldete er noch eine Reihe von Wünschen zur leichteren Verwaltung des Truppenbestandes an, die weder zahlenmäßig noch grundsätzlich dem Friedensvertrag widersprächen.

Lloyd George kritisierte die deutschen Vorschläge in längerer Rede, die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie beengt die tiefe Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustand Deutschlands sei, da jetzt über die im Friedensvertrag vorgeschriebene Zahl hinaus noch drei Millionen Bewaffnete sich im Lande befänden. Das bedeute eine beständige Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Angriffen. Er begreife nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur fünf Wochen, geschweige denn fünf Vierteljahre bei sich zu dulden. Sie solle jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Frist ginge weit über das notwendige Maß hinaus. Im übrigen schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abweichenden Ziffern betreffend des Heeresmaterials, sowie über die Durchführung der Abmarsche bezüglich der Marine und Luftflotte sofort verständigen sollten und, daß die Leiter der Alliierten Delegationen mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach einem Schlusswort des Ministers Simons, der für die Beratung der Alliierten Dislokationsarten für die Heeresstärke von 200 000 Mann und von 100 000 Übergab, wurde die Sitzung um 6 Uhr 45 geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag Mittag anberaumt.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutschseits angeregten Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffern des Heeresmaterials Einverständnis erzielt.

Spaa, 7. Juli. Die heutige Sitzung der Friedenskonferenz hat abermals drei Stunden gedauert. Sie verlief in freundlicheren Formen, als die bisherigen Sitzungen.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Der Vorsitzende der Konferenz, Delorand, erklärte, es beruhe auf einem Mißverständnis, daß die Tagesordnung fünf Punkte umfassen soll, (Abrüstung, Übergabmachung, Rohstofflieferungen, Sanktionen und Danzig). Die Frage von Danzig solle nicht vor den Deutschen in Sprache kommen, sondern lediglich unter den Alliierten besprochen werden.

Spaa, 7. Juli. Der von den deutschen Delegierten in der Mittags-Rundmischung unterbreitete Bericht ist im Dokument, das einfach die großen Umrisse des Abrüstungsplanes enthält, wonach die Entwaffnung in Etappen vor sich gehen soll. Der Bericht wird der Prüfungskommission der Alliierten, maritimen und aeronautischen Sachverständigen überreicht, in der Marschall Foch den Vorsitz führt, dem dieser Bericht unverzüglich unterbreitet werden soll.

Brüssel, 7. Juli. (WB.) Die „Nation Belge“ sagt, daß man es in offiziellen politischen Kreisen für unmöglich halte, für heute einen Abrüstungsplan zu formulieren und daß infolgedessen eine Antwort zu erwarten sei. Andererseits haben die Berliner Presse Instruktionen gegeben worden, die auf eine günstige Lösung schließen, sobald man annehmen könne, daß die augenblicklichen Proklamationen nur vorübergehend seien, und daß Deutschland sich fügen werde.

Spaa, 7. Juli. Nach Prüfung der türkischen Frage einigten sich die alliierten Delegationen über die heute nachmittag den Deutschen gegenüber einzunehmende Haltung. Sie beschloßen, keinerlei Diskussion zuzulassen. Die von den deutschen Delegierten unterbreiteten Berichte über die Frage der Entwaffnung sollen den militärischen Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet werden.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Ein Mitglied der polnischen Delegation gab einem Havas-Berichter eine Erklärung ab, in der es heißt, die Deutschen suchten die Alliierten davon zu überzeugen, daß Deutschland nur dann eine Entschädigung leisten könne, wenn es Oberschlesien behalte. Polen werde aber die oberschlesische polnische Bevölkerung niemals im Stich lassen. Polen verteidige nicht nur seine Grenze, sondern ganz Europa vor dem Bolschewismus. Die Marschälle Foch und Wilson hätten darüber beraten, auf welche Weise man Polen in militärischer Hinsicht helfen könne. Lloyd George habe die englischen Oberkommissare in Danzig, Tower und Hasing nach Spaa berufen, um von ihnen Auskunft über diese Frage zu erhalten. Zur Regelung der Verwaltung des Danziger Hafens werde Tower einen Ausschuss aus drei Polen und drei Danzigern unter dem Vorsitz eines vom Völkerbund ernannten Sachverständigen ernennen. Der polnische Delegierte schloß mit der Erklärung, daß demnächst eine Koalitionsregierung die Geschicke Polens in die Hand nehmen werde.

Im Auftrage des polnischen Ministeriums des Innern hat sich laut „Vossischer Zeitung“ auch der Vorsitzende des polnischen oberschlesischen Abstimmungskommissariats Korfanty nach Spaa begeben. Er hofft zu erreichen, daß Deutschland zur strikten Neutralität während der Volksentscheide angehalten werde, sowie zu einer großzügigen wirtschaftlichen Auslegung des Ergebnisses.

Warschau, 6. Juli. Nach dem „Kurjer Powsenny“ hat Polen keine Aussicht, in Spaa einen Anteil an der deutschen Entschädigung zu erlangen.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Reichsjustizminister Dr. Heinze traf mit dem Reichsanwalt Richter hier ein, um über das Reichsgerichtsverfahren gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor der Konferenz Auskunft zu geben. Außerdem wird Geheimrat Schmied vom Reichsministerium des Innern hier erwartet.

Paris, 7. Juli. (WB.) Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus Spaa meldet, hat der Chef der englischen Militärmission in Berlin, General Malcolm gestern abend in Spaa mit den Mitgliedern der deutschen Delegation verhandelt.

Spaa, 7. Juli. Wie belgische Blätter melden, sind fast 300 ausländische Journalisten in Spaa anwesend, was natürlich eine vollkommene Überlastung des Telegraphen- und Telephonverkehrs zur Folge habe.

Zürich, 7. Juli. Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Spaa meldet, obgleich die Vereinigten Staaten nicht an der Konferenz teilnehmen, wäre es falsch, deren Bedeutung zu verkennen. Wenn man in Spaa zu einem Abkommen gelange, werde Amerika bereit sein, Europa mittels einer Privatanleihe zu Hilfe zu kommen. Im anderen Falle aber werde die Geneigtheit dazu abnehmen, weil das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Europas verschwinden würde. Lloyd George beachte das wohl und auch Belgien gebe sich darüber Rechenschaft.

Paris, 7. Juli. Der Ministerpräsident Millerand hat heute morgen in Spaa die Journalisten empfangen. Mit sichtlichem guten Humor berichtet er über die gestrige Sitzung und den Meinungsaustausch mit den Deutschen. Der Ministerpräsident besteht darauf, daß die Deutschen die Daten und die Pläne für die Demobilisierung ihres Heeresbestandes liefern müssen. Die Frage sei gestellt und die Antwort müsse genau gegeben werden. Millerand gab dann seine Meinung über die deutschen Delegierten kund und betonte, daß der allgemeine Eindruck ein guter sei, vor allem für den Reichswehrminister Herrn Gessler, der vollkommen bona fides zu sein scheine. Herr Simons, der Minister des Auswärtigen, ist „le plus malin“. Herr Fehrenbach ist nach Ansicht des Herrn Millerand ein guter Schwurgerichtsverteidiger. Herr Millerand glaubt, daß es verhältnismäßig doch schnell gehen werde und daß die prinzipiellen Fragen ihre Erledigung finden werden, die Details würden dann später kommen. Aber man würde von Spaa nicht fortgehen, bevor die gestern angeführten Punkte nicht vollständig diskutiert worden seien und die Deutschen nicht das Protokoll über diese vier Punkte unterzeichnet hätten, d. h. die Entwaffnung, die Rohstofffrage, die Reparationsfrage und Danzig.

Spaa, 8. Juli. Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Konferenz an der Militärfrage nicht mehr scheitern kann, denn Dr. Simons will unter allen Umständen ein praktisches Resultat, ebenso Lloyd George. Da die deutsche Delegation hier nicht hinter Stachelndrähten wohnt, dürfte man wohl sehr bald nicht mehr bloß auf den politischen Instinkt und auf die Erkenntnis der Unausdenkbarkeit der Folgen eines militärischen Konflikts angewiesen sein. Beispielsweise hat General Malcolm das deutsche Hotel unmittelbar nach der kritischen Sitzung besucht, wo ein deutscher Vorschlag unter Lloyd Georges Androhung des Abbruchs gefordert wurde. Es besteht eine gute Fühlungnahme. Der deutsche Vorschlag ist zwar wegen der großen Fristen abgelehnt worden, aber schon heute steht fest, daß eine Dreimonatsfrist bewilligt werden dürfte, denn Lloyd George hat diese Ziffer nicht grundlos

genannt. Wir haben keinen Grund, die Alliierten an diese Frist zu binden. Diktieren die Alliierten die Dreimonatsfrist, so würde das bedeuten, daß ein gütliches Uebereinkommen in der Militärfrage unmöglich war. Diese Auffassung scheint in den nichtfranzösischen Kreisen, besonders bei den Engländern, vorzuherrschen. Man kann aber auch bezweifeln, daß die Franzosen die Konferenz an der Militärfrage scheitern lassen möchten, etwa deshalb, weil ihnen die Erörterung der Wirtschaftsfragen einen unerwünschten Verlauf verspräche. (Frankfr. Ztg.)

Genf, 8. Juli. Nach den in den heutigen französischen Zeitungen vorliegenden Berichten über die Verhandlungen der Konferenz in Spaa darf man annehmen, daß der schwierigste Moment in der Behandlung der Entwaffnungsfrage überwunden ist. Dieser Erfolg ist besonders dem Geschick des Ministers des Innern, Simons, zu verdanken, der sich in der Aussprache mit Lloyd George als ein durchaus gewandter und eindringlicher Redner erwiesen hat. Besonders scheint man auf Seiten der Entente aus den gestrigen militärischen Sonderverhandlungen den Eindruck gewonnen zu haben, daß Deutschland seine geheimen Rüstungen nicht fortsetzt und daß es tatsächlich, was seinen Materialbestand anlangt, nicht mehr als gefährlich angesehen werden kann. Die französischen Zeitungen nehmen an, daß es inbezug auf die Termine für die Entlassung der Reichswehr zu einem Einvernehmen kommen wird. Sie legen deshalb auch den Ankündigungen gewisser Londoner Zeitungen, als ob eine erneute Besetzung von Frankfurt sowie Heidelberg und Mannheim in Aussicht genommen sei, keinen besonderen Wert bei.

## Wichtige Besprechungen der deutschen Delegierten.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Reichsminister Fehrenbach konferierte heute vormittag mit Simons und Dr. Gessler über die von den Alliierten geforderte genaue Beantwortung der in der Entwaffnungsfrage gestellten Anfragen. Die Diskussion war lange und lebhaft, da die Sachverständigen nicht geneigt schienen, eine Rebuttion zu prüfen. Es scheint aber, daß man auf Seiten der Regierung geneigt ist, Zugeständnisse zu machen. Es handelt sich nur darum, in welchen Maße. Hier muß sich, wie man in deutschen offiziellen Kreisen bemerkt, die Autorität des Reichsministers zeigen.

Berlin, 7. Juli. Wie die Blätter berichten, begeben sich heute auf der Reichslohlenkommission Stütz und der Generaldirektor Königer zu den Verhandlungen nach Spaa. Weiter gehen die Arbeiterführer Hue, Imbusch und Piepe unter Führung des Regierungsrats Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium nach Spaa.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Zur Teilnahme an den Beratungen über die Rohstofffrage, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige noch folgende Herren dringend nach Spaa gebeten worden: Hugo Stinnes, Geheimrat Hilger, Geheimrat Arnold und Löffen.

Spaa, 7. Juli. (WB.) Seit gestern herrscht in den Aufenthaltsräumen der deutschen Delegation rege Tätigkeit. Man versichert, Gessler habe seinen Kollegen Vorwürfe gemacht, daß man ihn nach Spaa haben kommen lassen. Die Minister verhandelten heute mittag mit Fehrenbach über den endgültigen Plan, der den Alliierten unterbreitet werden soll.

Berlin, 7. Juli. (WB.) Von einer Berliner Zeitung war in der Ausgabe von Mittwoch abend mitgeteilt worden, es sei in den Kreisen der fremden Diplomatie aufgefassen, daß zwar mehrere Vertreter der Reichswehr nach Spaa entsandt wurden, daß aber kein Vertreter der Sicherheitspolizei bei den Beratungen anwesend sein solle. Gegenüber dieser Mitteilung wird von zuständiger Seite festgestellt, daß der Referent im Reichswehrministerium des Innern für Angelegenheiten der Sicherheits- und Einwohnerwehr, Geheimrat Regierungsrat Schmidt, der die einschlägigen Verhältnisse der Sicherheits- und Einwohnerwehr in allen Teilen Deutschlands kennt und mit Instruktionen versehen ist, bereits seit Montag in Spaa anwesend ist.

## Pressestimmen.

Der Eindruck der Blätter vom gestrigen Tage über Spaa ist überwiegend der, daß es als ein Erfolg anzusehen sei, wenn es gelinge, die Verhandlungen in Gang zu erhalten. Die „Vossische Zeitung“ sagt, es sei anzunehmen, daß auch die Heeresfrage in irgend einer Weise gelöst werde, ohne den weiteren Verlauf der Konferenz zu gefährden.

Wie der „Vorwärts“ meint, habe der Verlauf der gestrigen Tagung die Ansichten der Optimisten gerechtfertigt und tatsächlich bewiesen, daß sowohl auf deutscher Seite wie auch mindestens zu einem Teil auf der gegnerischen Seite der ernste Wille zum Ausgleich besteht. Das Auftreten des Reichsministers Dr. Simons habe wahrscheinlich einen günstigen Eindruck auf die Alliierten gemacht, Lloyd George zeigte sich in seinen Zwischenbemerkungen wesentlich entgegenkommender, als am Dienstag. In englischen Kreisen in Spaa sei gestern abend die Aussicht einer Verständigung in der Entwaffnungsfrage nicht ungünstig beurteilt worden.

Dasselbe Blatt nimmt Note von dem Gerücht, welches in Entente-Kreisen umgeht, daß im Anschluß an die ersten Hauptberatungen die Konferenz später nach Ostende verlegt werden solle.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, die Diskussion über die Entschädigungsfrage werden vermutlich am Frei-



tag beginnen. Auch nach diesem Blatt gehört der Erfolg des gestrigen Tages dem deutschen Minister des Auswärtigen Simons. Er habe in vollendeter Form, und was auch von alliierter Seite anerkannt werde, mit großer Schlagfertigkeit den deutschen Standpunkt vertreten.

Paris, 7. Juli. (W.B.) Gustave Herve schreibt heute: Es ist vollkommen unnütz wie es ein Teil unserer Presse tut die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzubringen und die alliierten Regierungen dahin treiben zu wollen. Sie hätte vielmehr dem Publikum in allen Ländern die Schwierigkeiten zeigen müssen, denen die alliierten Regierungen gegenüberstehen, um die wirtschaftlichen und finanziellen Klaukeln des Friedensvertrages von Deutschland ausführen zu lassen, auch die Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung hat, sie auszuführen, selbst, wenn sie den besten Willen der Welt aufbringen würde. Herve weist darauf hin, daß die Dinge sich nicht so abspielen könnten, wie 1871, denn die Lage von 1871 könne mit der von 1920 nicht verglichen werden.

### Ende der Konferenz am Samstag. Weiterberatungen in Ostende oder London.

Paris, 8. Juli. Nach französischen Blättern traten gestern Abend die militärischen Sachverständigen zu einer Sitzung zusammen, um die Ziffern festzustellen, für die Lieferungen, die von Deutschland gemacht sind resp. noch zu machen sind. Bei der Marineabteilung wurde festgestellt, daß Deutschland 3 Kriegsschiffe von 10 zu liefernden, 3 Kreuzer von 13, 16 Zerstörer von 25 und 50 Torpedoboote von 50 noch zu liefern hat. Die von der deutschen Delegation vorgebrachten Entschuldigungen: Mangel an Kohle und Personal, werden von den anwesenden Sachverständigen als genügend angesehen. Bezüglich der Ablieferung im Luftfahrwesen wurde festgestellt, daß 150 von 400 zu liefernden Flugzeugen geliefert wurden. Zerstört sind 4000 von 7500 zu zerstörenden. Die deutsche Regierung hat 24 000 Motore angegeben. Geliefert wurden bis jetzt 500. Es sind noch zu liefern 500. Zerstört sind 10 000 Motore von 12 000 zu zerstörenden. Die Zeit war sehr vorgeschritten, so daß die Diskussion der Ziffern des Materials des Landheeres gestern Abend nicht beendet werden konnte.

Zu derselben Zeit, in welcher die deutschen und fremden militärischen Sachverständigen über die Gegensätze unterhandelten, haben sich die Chefs der alliierten Generalstäbe unter dem Präsidium des Marshalls Foch vereinigt, um über die Methoden zu beraten, die eingehalten werden sollen bei der weiteren Ablieferung des Materials und über die Fristen, in denen dies zu geschehen habe. Heute um 11 Uhr werden sich die Alliierten vereinigen, um die Frage der Sicherungen zu studieren, falls Deutschland den Vertrag nicht ausführe. Mittags werden die Alliierten der deutschen Delegation ihre Entschuldigungen bekanntgeben.

Aus Brüssel wird nach Paris gemeldet, daß nach Zeitungsmeldungen die Konferenz von Spa wahrscheinlich am Samstag Abend beendet werde. Es sei beabsichtigt, die Diskussion über die Nebenfragen in Ostende oder gar in London fortzusetzen. Es heißt weiter, daß das Arbeitsprogramm, welches von der deutschen Delegation vorgeschlagen worden ist, im Prinzip von den Alliierten angenommen sei. Danach würde am Donnerstag Abend die erste Lesung der Fragen der Entwaffnung, der Wiedergutmachung, der Kohlen und der Sicherungen beendet sein. Die zweite Lesung könnte dann am Samstag erfolgen, so daß die Diskussion am Samstag Abend geschlossen werden könnte.

### Aus dem Reichstag.

Berlin, 7. Juli. Die kommunistischen Abgeordneten Frau Jettin und Dr. Levi haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Pressenachricht hinweisen, daß die Ententemächten angesichts des militärischen Zusammenbruchs Polens an Deutschland das Ersuchen stellen werden, Truppen durch Deutschland zur Unterstützung Polens zu führen und die Regierung fragen, ob sie Truppentransporte durch Deutschland dulden werde.

### Deutsche Treue in Schlesien.

Liegnitz, 7. Juli. (W.B.) Tausende Liegnitzer Bürger protestieren feierlich gegen die Machenschaften der Feinde in Oberschlesien, in Ost- und Westpreußen und geloben, die gefährdeten Landesteile nach Kräften zu unterstützen, um

ihre Losreißung vom Deutschen Reich zu verhindern. Der Verein Heimatsreuer Oberschlesien und Ost- und Westpreußen. Ortsgruppe Liegnitz.

### Die Bekannten 10 Prozent und die U. S. P. D.

Magdeburg, 7. Juli. (W.B.) Nach Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidiums hat die gestrige Konferenz der Parteifunktionäre der U. S. P. D., der Vorstände der Gewerkschaften, der Mitglieder des Gewerkschaftsrates und der Obleute der Betriebsräte sämtlicher Betriebe in Halle den Generalstreik wegen des Steuerabzuges erklärt.

Magdeburg, 7. Juli. (W.B.) Die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet: Im Gegensatz zu dem gestern in Halle gefassten Beschluß der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. P. D. wegen des Steuerabzuges nicht in den Generalstreik zu treten, brachten kommunistische Elemente mittags sämtliche Gruben des Geiseltes (Merseburg-Weihenfelds) mit Ausnahme der Cäciliengrube zum Stillstand. Hier wird als Streikgrund der Steuerabzug angegeben.

### Aus Württemberg.

Stuttgart, 7. Juli. (W.B.) In der heutigen Sitzung des Landtages gab die neue württembergische Regierung durch den Staatspräsidenten Dr. v. Hieber ihr Programm bekannt. Als Richtlinien wurden aufgestellt: Erhaltung von Ruhe und Ordnung, enge Zusammengehörigkeit von Land und Reich, wirtschaftlicher und finanzieller Wiederaufbau, ehrliche Verschönerung und der Versuch inneren Ausgleiches, auf der Grundlage des rücksichtslosen Bekenntnisses zur Verfassung und ihres unbedingten Schutzes.

### Polen.

Warschau, 7. Juli. Der Durchbruch der bolschewistischen Armee an der Nordfront fand zwischen Drywiaty und Uleja-See statt. Die Bahnlinie Danaburg—Wilna scheint aber nicht erreicht zu sein, vielmehr ist die Aktion in südöstlicher Richtung abgelenkt worden, wo noch Kämpfe in der Linie Miniat-Flusses der Rückzug der Polen auf eine bis jetzt unbekannte Stellung erfolgte. An der Poljeste Front finden anhaltend Kämpfe statt, die heftigsten an der unteren Berezina. Auch wird westlich von Rowno gekämpft. Der Regierungsauftrag, der die Freiwilligen im Alter von 17 bis 42 Jahren ruft, wird von allen Parteien, von der äußersten Rechten bis zur Bauernlinken, unterstützt. Die Universitäten schließen. Die Bischöfe Polens rufen das Volk gegen den Feind des Vaterlandes und der Kirche auf. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei Polens veröffentlicht heute eine Erklärung, in der die Verteidigungspflicht während des Krieges betont wird, in der jedoch die Forderung an die Regierung gerichtet wird, sofort Friedensverhandlungen der Sowjetrepublik vorzuschlagen.

Warschau, 7. Juli. (W.B.) In dem polnischen Generalstabsbericht vom 6. Juli heißt es: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickeln sich die bolschewistischen Angriffe weiter fort. Unsere Infanterieabteilungen haben nach erbitterten Kämpfen die Linie Busch-Bilja-See-Horizja-Minutafuß erreicht und gehen beschlagene in südöstlicher Richtung zurück. Sie konnten den angreifenden Abteilungen des Feindes außerordentlich schwere Verluste beibringen. Infolge der Stabilität unserer Segenwehr wurde der Feind gezwungen, seinen unmittelbaren Druck auf unsere zurückgehenden Abteilungen aufzugeben. An der Berezina haben wir an einigen Stellen in günstig verlaufenen Ausfällen das Material, das der Feind zum Brückenaufbau bereit gestellt hatte, zerstört. In Poljesien erobert die Kämpfe, die sich besonders im nördlichen Abschnitt in der Gegend der unteren Berezina zur größten Anspannung steigern. Abteilungen der berittenen Armee Budjannys haben gestern Rowno genommen und unsere Abteilungen zum Weichen gezwungen.

Warschau, 8. Juli. (W.B.) In der gestrigen Sitzung des Sejm brachte der Abgeordnete Ghl einen Dringlichkeitsantrag ein, der verfassunggebende Sejm möge an die Parlamente der verbündeten Mächte einen Aufruf ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuschieben. Der Antrag wurde mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß die Bewohner der Volksabstimmungsgebiete, die durch das

Dann wäre sie vielleicht noch zu retten. Ihr ganzer Habitus deutet auf Tuberkuloseveranlagung hin."

"Aber sie hat ja gar keinen Husten!"

"Das beweist gar nichts. Viele Menschen sehen blühend aus, husten nie und tragen doch den Todeskeim längst in der Brust, ehe sie eine Ahnung davon haben. Dann geht es dafür desto rascher. Frau Vous große, glänzende Augen und die Rosen auf ihren Wangen leuchten mit gleich verdächtig vor."

"Aber das wäre ja schrecklich! Du, und nun denke bloß: Jolde, die sich anfangs mit förmlicher Begeisterung um Lou annahm, ist ihr nun heimlich spinnend und möchte sie gerne los werden, wenn sie nur könnte. Denn Dallariva will Lou Meister ebenfalls malen — der hat immer eine Nase für das, was gerade Mode ist. Vorigen Winter, als Jolde bei dem großen Wohltätigkeitsfest in den lebenden Bildern mitwirkte und den ersten Schönheitspreis bekam, machte er sich gleich an sie heran. Jetzt, wo die Gesellschaft in Bewunderung für die kleine Polin fast erstirbt, macht er natürlich auch mit! Ich halte gar nichts von Dallarivas Charakter, mußt du wissen! Aber Lou fühlt sich sehr geschmeichelt — sie ist überhaupt riesig eitel! Ihre Schönheit und das alte Adelsgeschlecht, dem sie entstammt, machen sie furchtbar eingebildet. Sie läßt sich auch überall „Gräfin“ nennen, obwohl sie es doch gar nicht mehr ist, seit sie Roland Meister heiratete — aber ich glaube, Egon, du hörst schon wieder nicht zu!"

Er hörte in der Tat nicht mehr zu. Eine schläfrige Müdigkeit war über ihn gekommen bei diesem unermüdlichen und ihn so gar nicht interessierenden Geklatsch, womit Daniela ihn zu unterhalten suchte.

Was ging ihm das alles an? Es lag ihm so fern Er wäre am liebsten schlafen gegangen, wagte aber nicht, sie zu unterbrechen.

Daniela stand auf und drehte ärgerlich die Lichter auf. „Nun will ich aber doch endlich wissen, woran du denkst?" sagte sie misstrauisch. „Wer weiß, wo deine Gedanken sind, während ich mir vergeblich Mühe gebe, deine Aufmerksamkeit zu fesseln!"

Ergebnis der Volksabstimmung der Republik zu fallen, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität von der Militärpflicht für acht Jahre frei sein sollen.

Berlin, 7. Juli. (W.B.) Wie der „Berliner Volksanwaiser" aus Königsberg meldet, ist in Wehrland gegen die Polen ein Aufstand ausgebrochen, der die räumlichen Bedingungen der polnischen Armee bedroht. Die Eisenbahnstrecke auf der Strecke Jassen-Berensin ist in die Luft gesprengt worden.

Berlin, 8. Juli. Nach dem neuesten polnischen Bericht wurde im Süden die erste polnische Armee zum Rückzug gezwungen. Ebenso mußten sich polnischen Heeresteile in Poljesien nach starkem bolschewistischen Ansturm zurückziehen. Längs der ganzen Berezina bereitete die Bolschewisten einen Generalangriff vor, der jeden Augenblick beginnen kann. Bei Rowno dauern die schweren Kämpfe fort. Bolschewistische Kavallerie hat die Bahnlinie Rowno durchbrochen und ist im Rücken der polnischen Heeresteile erschienen. Amerikanische Blätter wollen wissen, daß Polen die Waffen gestreckt und die Bolschewisten umgeben haben.

### Ungarn und der Bonkott.

Budapest, 7. Juli. (W.B.) Rott-Bäro. Der in einer Woche andauernde Transportbonkott verursacht nicht die geringste Störung oder Veränderung des Lebens Ungarns. Die einzige sichtbare Wirkung ist die förmliche Verbesserung der Versorgung der Hauptstadt der Provinzialstädte, da die für Oesterreich bestimmten Obliegenheiten auf den inländischen Markt geworfen sind, so daß die Preise in kürzester Zeit auf ein Drittel des vorwöchentlichen Standes sanken. Die Bevölkerung ist so zufrieden, daß bereits Stimmen laut werden, man solle dieses Verhalten zu Deutsch-Oesterreich unabhängig vom Bonkott andauern lassen. Bezüglich des ausländischen Postverkehrs verfügte der Handelsminister, daß Postsendungen Telegramme über Oesterreich ins Ausland nicht angenommen werden können. Nach der Tschecho-Slowakei und über ins Ausland können Sendungen angenommen werden, in den genannten Länder sich dem Bonkott nicht angeschlossen haben.

### Was eine Wiener Zeitung Treffliches sagt.

Wien, 6. Juli. (W.B.) Die „Arbeiterzeitung" schreibt: Es ist seit drei Jahrhunderten das Prinzip der französischen Republik, daß die Herrschaft Deutschlands das Frankreich sei. Auch jetzt hat es das alte Ziel des französischen Imperialismus, das deutsche Volk zur Aufzählung zu bringen und es in jenen Zustand der Kleinstaaterei zurückzuführen, in dem es vom Westfälischen bis zum Frankfurter Frieden gelebt hat; es zurückzuführen in die Zeit, wo Franzosen, Niederländer, Schweden, Spanier und Russen auf dem Boden ihre Kriege ausfochten und in denen Deutschland teilte und zerstört, die Beute aller Nachbarn war. Wäre der Widerstand der angelsächsischen Mächte und Italiens, der französischen Imperialismus behindert hat, dieses Ziel in Versailles zu erreichen, so hoffen die französischen Imperialisten doch, daß ihre Stunde noch schlägt. Wenn sie Klassenkampf in Norddeutschland bis zum Bürgerkrieg verdrängen, so hoffen sie, fällt der agrarische Süden vom industriell-sozialistischen Norden ab. Dann hätte der Kampf gegen den Bolschewismus einen willkommenen Vorwand. Marsche über den Rhein, dann kann das Reich zerstückelt werden.

### Zeitungsnot in Frankreich.

Paris, 6. Juli. De auch in Frankreich beständige zunehmende Krise im Zeitungssektor ist durch das gleichzeitige Verschwinden von drei angesehenen französischen Blättern offenbar geworden. Das Pariser Bonapartisten-Organ „L'Ordre Public", das im vorigen Jahre von dem jungen Murat-Erbsen begründet wurde, hat sein Erscheinen am 1. Juli einstellen müssen. Aus Bordeaux wird das konservativste „Nouveliste", eines der ältesten und besten Provinzialblätter Frankreichs, gemeldet. In Paris das royalistische Organ „Le Memorial des Pyrennees", seit 117 Jahren herauskommt, sein Erscheinen ein. „Nouveliste de Bordeaux" weist in seinem Abschiedswort auf hin, daß der Verkaufspreis der Zeitung in seinem Verhältnis zur Steigerung des Papierpreises von 28 auf

Ihr spähender Blick bohrte sich förmlich in sein scharf beleuchtetes Gesicht. Heißes machte eine ungeschickte Bewegung.

"Woran soll ich denken als an meine Patienten?"

"An alle oder nur an — eine?" fragte Daniela.

"In Augenblick natürlich nur an eine!"

"Dann ist es gewiß die Fürstin Laban!"

Er sah sie bestrebt an. Ton und Blick waren

aufgefallen.

"Was soll das, Daniela? Wie kommst du gerade

die Fürstin?"

"Ach, verstell dich doch nicht so! Als ob ich

wüßte, daß sie deine Gedanken unaufhörlich beschäftigt

sie dir mehr gilt, als alle andern zusammen!" rief

aufflammernde Eifersucht.

"Daniela!!"

"Ich bin überzeugt, sie ist in dich verliebt!" rief

niela trotzig heraus.

Er erhob sich. Auf seinem Gesicht lag eine

Wolke. Eifersucht! Also auch damit fing sie nun

an. Sollte er denn nie Ruhe haben daheim?

"Ich muß dich ernstlich bitten, solche albernen Behauptungen künftighin gänzlichst für dich zu behalten!" sagte

kalt. „Die Fürstin war meine Patientin und fordert

aus Dankbarkeit, wo sie kann, wofür ich ihr natürlich

wissen Rücksichten schulde. Im übrigen ist sie immer noch

leidend und mir als Weib völlig gleichgültig."

Sein bestimmter Ton beruhigte Daniela halbwegs.

Er sagte aber doch noch:

"Rannst du mir dies schwören?"

"Gewiß — wenn ein Schwur in dieser Angelegenheit

nicht lächerlich wäre!"

Daniela warf sich an seine Brust.

"Bergib — ich habe dich lieb! Ich bin auf

Luft eiferfüchtig, die du atmest!"

"Das mußt du dir aber abgewöhnen, Dana, es

töricht," antwortete er, mechanisch ihr Haar streichelnd.

"Und an wen hast du also vorhin gedacht?" fragte

sie, unruhig zu ihm aufsehend.

(Fortsetzung folgt.)

## Lodernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

18)

(Nachdruck verboten.)

Er aber sah sie groß an, unterdrückte einen Seufzer und wurde noch schweiger.

"Nun willst du noch weiterreden?" sagte er nun. „Wer hat dir denn erzählt, daß Dallariva deiner Schwester so auffallend der Hof macht?"

"Mama. Sie ist ganz bekümmert darüber. Erstens, weil Jolde deswegen mit ihrem Manne oft Streit hat, und zweitens, weil sie fürchtet, es könnte darüber gesprochen werden."

"Und warum seht deine Schwester den dreisten Patron nicht einfach vor die Tür?"

"Ach, sie denkt sich ja gar nichts Böses dabei! Sie sagt, sie amüsierte sich bei Dallarivas närrischen Einfällen viel zu gut, um ihm den Laufpaß zu geben. Auch ist er sehr in der Mode jetzt und es schmeichelt ihr, daß er ihr Bild malen und im Künstlerhaus ausstellen will. Freilich, wenn er jetzt auch Lou Meister — du, Egon, diese kleine Meister macht überall Furor, wohin sie kommt! Ich sage dir, man reißt sich förmlich um sie! Sie ist aber auch zu niedlich und schick in ihren Pariser Toiletten! Ihr Gepolter ist von hinreißendem Charme und die Lebenslust pridet ihr förmlich in allen Gliedern! Findest du sie nicht auch reizend?"

"Sich — nicht sehr! Ich halte sie, unter uns gesagt, für eine Todesandantin."

"Was fällt dir ein! Sie ist ein zartes Dingchen, aber kerngesund! Wie hielte sie sonst dies Leben aus? Keinen Abend daheim, den halben Abend auf Besuchstouren, Konzerten, am Glasplatz und Gott weiß wo sonst noch. Wera, die robuste Wera, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sie mit wahrer Gouvernamentgewissenhaftigkeit zu beschützen — übrigens komisch, nicht? — Da Louis Mann meist durch Arbeit verhindert ist, Frau Lou zu begleiten, sagte mir heute, daß sie schon halb tot sei von dieser Schlags!"

"Um so rascher wird sich Frau Lou zu Tode leben! Die Lörte von Rechts wegen aufs Land bei Wils- und Liegeluren.



Franken pro 100 Kilogramm, zur Erhöhung der Drucker- und  
Scherlöhne von 9 auf 25 bis 26 Franken täglich und zur  
Preiserhöhung für alle Rohstoffe (siehe).

## Rußland und England.

Amsterdam, 7. Juli. (W.B.) Der „Daily Herald“  
meldet aus Christiania, daß Krassin nach Moskau  
mit einer Note Lloyd Georges gegangen sei, in der dieser  
vorschlägt, daß Rußland und England beiderseits die Feind-  
feindschaft einstellen und sich jeder Propaganda oder jeder  
Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite  
enthalten sollten. Die Note erwähnt nichts von den von  
der früheren russischen Regierung eingegangenen Schulden,  
sondern verlangt nur, daß die Räteregierung die Schulden  
für die Waffenlieferungen und die sonst geleisteten Dienste  
erkenne.

## Die englischen Bergarbeiter.

London, 7. Juli. (W.B.) In einer Rede auf der  
Jahreskonferenz des Bergarbeiterbundes von Großbritannien  
sagte Smilie: Wenn die Regierung nicht den Preis für Haus-  
brand vermindert, so müssen die Bergarbeiter den ganzen ver-  
fügbaren Uberschuß für eine Steigerung der Löhne bean-  
spruchen. Die Bergarbeiter werden die neue Vorlage über  
die Baggage in keiner Form annehmen.

## Aus den Vereinigten Staaten.

San Francisco, 7. Juli. (W.B.) Der Gehilfe  
des Marineattachés, Franklin Roosevelt, ist vom demo-  
kratischen Konvent zum Kandidaten für den Posten des Vice-  
präsidenten gewählt worden.

## Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 9. Juli 1920.

**Mieterschutzbestrebungen.** Am 4. Juli 1920  
fanden sich die Vertreter fast sämtlicher deutscher Mieter-  
vereine in Dresden zusammen und hielten einen außerordent-  
lichen Bundestag ab. Auch der hiesige Mieterverein hat  
zu dieser Tagung seinen 1. Vorsitzenden, Herrn Schmeltz, hierzu  
entsandt. Neben der Beratung der Bundesjahrgänge, da  
sich sämtliche deutsche Staaten zu einem Reichsbund zu-  
sammengeschlossen haben, wurden acht Entschließungen, die  
Höchstmieten, Mietssteuer, Mietersrat, Mieterschutzämter usw.  
behandelten, angenommen und den zuständigen Reichs-  
behörden überhandelt. Die Mietervereine der einzelnen Länder  
sind nunmehr in Provinzen (Gaue) eingeteilt und bilden die  
Landesverbände. Limburg gehört zu dem Provinzialverband  
in Frankfurt. Auf die Einzelheiten wird später nochmals  
zurückgekommen. Soviel steht fest, daß die Verhandlungen  
auf dem Bundestag in Dresden in edstem Geiste geführt,  
wobei beiden Teilen Rechnung getragen wurde, so daß ge-  
hofft werden darf, daß dies von Mietern, wie Hausbesitzern  
voll und ganz Würdigung verdient.

**Drohende Katastrophe im Weinbau.** Die  
wirtschaftliche Lage wirkt jetzt auch auf das Weingewerbe.  
Aus allen Weinorten des Rheingaus kommen Meldungen  
von merkwürdigen Preisstürzen, denen ein völliges Versagen  
der Nachfrage folgt. Weinversteigerungen, die in diesen Tagen  
in Eltville, Hattenheim und Dettlich abgehalten werden sollten,  
mussten abgebrochen werden, da die Käufer eine außerordent-  
liche Zurückhaltung übten. Fachmänner teilen mit, daß beim  
Fortschreiten des Preissturzes eine Katastrophe im Weinbau  
ausbleiblich sei.

**Kunzel, 7. Juli.** Dem Kreiswohlfahrtsamt  
Oberlahn sind bis jetzt folgende Abteilungen angegliedert:  
1) Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegs-  
hinterbliebene, 2) Fürsorgestelle für Flüchtlinge, 3) Kriegs-  
gefangenenheimliche (Fürsorgestelle für zurückkehrende Kriegs-  
gefangene), 4) Mutterberatungsstelle, Fürsorgestelle für Säug-  
linge, Kleinkinder und uneheliche Kinder, 5) Fürsorgestelle für  
Tuberkulose, 6) Fürsorgestelle für bedürftige Kranke und  
Sichere, 7) Krüppelfürsorge, 8) Auskunfts- und Vermittlungs-  
stelle für Anstellungen, 9) Rückwandererhilfe und Verein für  
Deutschtum im Ausland, 10) Auskunftsstelle des Arbeitsnach-  
weises Limburg für den Oberlahnkreis, 11) Geschäftsstelle des  
Zweigvereins vom Roten Kreuz. Die Sp. eichtunden sind vor-  
mittags von 9—12 Uhr.

**Bad Ems, 8. Juli.** Streik im Kurbetrieb.  
Die Angestellten und Arbeiter der staatlichen Bade- und Brun-  
nenbetriebe sind gestern nachmittags infolge Lohnstreitigkeiten  
in den Ausstand getreten. Der Vorsitzende des Betriebsrats,  
Herr Vorsteher Krause ist nach Berlin gereist, um bei den zu-  
ständigen Ministerien eine einschneidende Regelung der Sache her-  
beizuführen. Es ist zu hoffen, daß im Interesse des Emser  
Kurkurses die Verhandlungen zu einem schnellen und befrie-  
digen Ergebnis führen.

**Neuwied, (Westerbald), 8. Juli.** Dieser Tage  
gelang es der Untersuchungskommission Limburg (Eisenbahn-  
Kriminalpolizei) eine große Anzahl Eisenbahnräuber auf der  
Oberwieserwaldbahn zu ermitteln. In vielen Fällen haben  
die Täter welche dieses Unwesen schon über ein Jahr be-  
treiben, die Verurteilungen der Wagenladungen mit Eisenbahn-  
gütern, eingestanden und auch den schwunghaften Handel  
mit den erbeuteten Waren als Manufakturwaren, Zucker,  
Kaffee, Schokolade, Leder, Tabak u. dgl. zugegeben. Schon  
am ersten Tage der Untersuchung wurden vier dieser Ge-  
fellen während der Nacht dem Gefängnis zugeführt. Die  
Täter waren bei der Station im Rangieren und in sonstigen  
Dienstleistungen beschäftigt und sind sogleich nach Feststellung  
der Tat vom Dienst entlassen worden. Das Gericht wird  
den den gebührenden Denktzettel anhängen.

**Berlin, 7. Juli.** Auf dem Potsdamer Wochenmarkt  
kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen den Werber-  
schen Bauern und den Käufern. Obst und Eier wurden  
auf die Straße oder den Bauern über den Kopf geschüttet.

**Königsberg i. Pr., 7. Juli.** (W.B.) Auf dem altstädt-  
ischen Markt und auf dem Fischmarkt wurde heute früh  
eine Anzahl Verkaufsstände geplündert, und die Verkäufer  
mißhandelt. Als die Verkäufer auch die Schutzgeschäfte zu  
plündern drohten, erschien ein starkes Aufgebot von Sicher-  
heitspolizei mit Maschinengewehren und säuberte die Straßen.

**Graz, 7. Juli.** In mehreren Gemeinden der östlichen  
Steiermark sind schwere Mollenbrüche niedergegangen, die  
an Feldern Bränden und Häusern ungeheuren Schaden an-  
richten. Sämtliche Telefon- und Telegraphendrähte sind zer-  
rissen. Die Einwohner konnten oft nur mit Mühe sich und  
ihre Vieh retten.

## Gerichtssaal.

**Strafkammerurteilung vom 6. Juli.** Der Heizer  
Karl Nidel von Weiburg und der Arbeiter Fritz Fried-  
rich von da haben aus einem Eisenbahnwagen der zur Auf-  
bewahrung von Werkzeugen diente, 1 Flaschenzug, 1 Holz-  
bohrer, 5 Schaufeln, 5 Winkel, 1 Leine weggenommen. Sie  
hatten die Türe gewaltsam geöffnet. Nidel erhielt 3  
Monate, Friedrich 6 Wochen Gefängnis. — Der Schreiner  
Friedrich Rauch von Sinn soll im Walde sich widerrechtlich  
einen Fichtenstamm angeeignet haben. Er war deshalb vom  
Schöffengericht in Herborn zu 1 Tag Gefängnis verurteilt  
worden. Der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft legten  
Berufung ein und erkannte das Berufungsgericht auf 8 Tage  
Gefängnis. — Der Schreiner Wilhelm Leber und 8 andre  
Personen, sämtlich Mitglieder des Gemeinderats von Wolfen-  
hausen, hatten beschlagnahmte, den Gemeindefiskus, der sich verlegt  
hatte, zu schlachten und das Fleisch unter die Einwohner von  
Wolfenhausen zu verteilen. Sie hatten aber keine Genehmigung  
des Landratsamtes eingeholt und wurden deshalb heute  
ein jeder zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. — Der Arbeiter  
Otto Müller in Bad Ems und der Arbeiter Heinrich  
Hartung von da haben 2 Schuppen, 2 Fische, 1 Huhn,  
dem Maurermeister Ruhl entwendet. Das Urteil lautet gegen  
jeden der beiden Angeklagten auf 3 Monate Gefängnis.

## Ämtlicher Teil.

(Nr. 155 vom 9. Juli 1920.)

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Betrifft: Instandhaltung der Feuerlöschgeräte.

Die bevorstehende Einbringung der diesjährigen Getreide-  
ernte erfordert, daß sich die Feuerlöschgeräte stets in ord-  
nungsmäßigem, gebrauchsfähigem Zustande befinden. Ich er-  
laube, Ihre Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße hierauf zu  
richten.

Von der Instandhaltung von Feuerwehrräumen ist dem Herrn  
Kreisbrandmeister so rechtzeitig Kenntnis zu geben, daß seine  
Teilnahme möglich ist. In letzter Zeit wurde dies nicht  
immer beachtet.

Für die Beschaffung von Hydrantensett ersuche ich schon  
jetzt zu sorgen, damit es im Winter bei eintretendem Frost-  
wetter vorhanden ist.

Bis 20. d. Mts. ist mir zu berichten, daß sich die  
Feuerlöschgeräte in ordnungsmäßigem, gebrauchsfähigem Zu-  
stand befinden.

Limburg, den 5. Juli 1920.

Der Landrat.

N. 2153.

Den Ortspolizeibehörden des Kreises lasse ich in den  
nächsten Tagen je einen Abdruck des Erlasses des Herrn  
Ministers des Innern vom 9. vor. Mts. — O. 2781 —  
betreffend Ausstellung von polizeilichen Führungszeugnissen  
für Ausländer, die in den abgetrennten Gebieten der Provinz  
Posen, Ost- und Westpreußen wohnen, ohne Anschriften  
zur genauen Beachtung zugehen.

Limburg, den 5. Juli 1920.

Der Landrat.

N. 2201.

Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden hat die  
Ausführungsanweisung vom 22. Januar 1903 (R. A. Bl.  
S. 51) zu der Polizeiverordnung betreffend Zaps- und Druck-  
vorrichtungen beim gewerbmäßigen Bierauschank, wie folgt,  
abgeändert:

Abchnitt III Ziffer 1 erhält folgenden Zusatz:

„In Landkreisen erhalten die Sachverständigen außer-  
dem, sofern sie die Untersuchung in einer größeren Entfernung  
als zwei Kilometer von der Grenze ihres Wohnortes ab  
gesehen, haben vornehmen müssen, Reisekosten nach den im  
Abchnitt III Ziffer 2b dieser Anweisung genannten Grund-  
sätzen.“

Wiesbaden, den 12. Juni 1920.

Nr. Pr. 1. 15 A. 1576. Der Regierungspräsident.

Mit Bezug auf meine Verfügung vom 10. April 1920  
— N. 1141 — gebe ich hiervon Kenntnis.

Limburg, den 5. Juli 1920.

Der Landrat.

N. 2082.

Diesem Herren Bürgermeister des Kreises  
welche noch mit der Erledigung meiner Verfügung vom 26.  
Juni 1920 — Kreisblatt Nr. 144 — betreffend Erwerbs-  
losenstatistik im Rückstande sind, werden wiederholt um so-  
fortige Erledigung ersucht. Ich weise nochmals darauf hin,  
daß Gehaltsanzeige erforderlich ist.

Limburg, den 7. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.  
Schellen.

Wichtig für Versorgungsberechtigte und ehemalige  
Militärpersonen

Nachdem ab 1. Juli 1920 die Portofreiheit aufgehoben  
worden ist, müssen alle an die Versorgungsstelle Limburg  
gerichteten Postsendungen frankiert werden.

Absendung unter Reichsdienstfaste ist unzulässig und zieht  
Strafporto nach sich.

Limburg, den 2. Juli 1920.

Versorgungsstelle Limburg.

Bekanntmachung.

der neuen Fassung der Reichsgetreideordnung für  
die Ernte 1920.

Vom 21. Mai 1920.

(Schluß.)

IX. Straf- und Strafverfahren.

§ 79. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich,  
mit Ausnahme der §§ 58 bis 61, nicht auf die aus dem  
Ausland eingeführten Vorräte.

§ 80. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit  
Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser  
Strafen wird bestraft,

1. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseite schafft,  
insbesondere aus dem Bezirke des Kommunalverbandes,  
für den sie beschlagnahmt sind, entfernt, sie  
beschlagnahmt, zerstört, zur Verarbeitung annimmt, ver-  
arbeitet, verbraucht oder sonst ver-  
wendet,

2. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte verkauft, kauft  
oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsge-  
schäft über sie abschließt oder wer den Vorschriften  
des § 4 Abs. 1 zuwiderhandelt,

3. wer die zur Erhaltung, Verwahrung und Pflege  
der Vorräte erforderlichen Handlungen pflichtwid-  
rig (§§ 5, 47) unterläßt,

4. wer den Vorschriften im § 8 a Satz 2, 3, § 9 Satz  
2 oder den auf Grund des § 8 a, 9 Satz 1 erlassenen  
Bestimmungen zuwiderhandelt oder wer Getreide  
zu Saatweiden verkauft oder kauft, obwohl er weiß  
oder den Umständen nach annehmen muß, daß es  
nicht zu Saatweiden bestimmt ist,

5. wer den gemäß § 18 Abs. 1 g erlassenen Bestim-  
mungen zuwider ausmählt oder ausmahlen läßt,  
6. wer den auf Grund des § 19 Abs. 1 erlassenen Be-  
stimmungen über die Herstellung, den Vertrieb und  
die Preise der Erzeugnisse zuwiderhandelt,

7. wer höhere als die festgesetzten Mähdörner- und  
sonstigen Verarbeitungslöhne oder Vergütungen  
(§ 53) fordert oder sich versprechen oder gewähren  
läßt,

8. wer den Vorschriften im § 5 zuwider den Ein-  
tritt in die Räume, die Beschäftigung, die Einsicht in  
die Geschäftsaufzeichnungen, die Feststellung der  
vorhandenen Vorräte oder die Hilfeleistung bei die-  
ser Feststellung oder die Entnahme von Proben  
oder die Probeverarbeitung oder die Einstellung  
des Betriebs verweigert oder die gemäß § 19 Abs.  
2 § 26 Abs. 3, § 50 Abs. 2 von ihm erforderliche  
Auskunft nicht erteilt oder wesentlich unrichtige oder  
unvollständige Angaben macht,

9. wer der Vorschrift im § 51 zuwider Verschwiegen-  
heit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Ver-  
wertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen  
sich nicht enthält,

10. wer die ihm nach § 3 Abs. 2, § 7, § 10 Abs. 2,  
§ 76 Abs. 1, § 78 a Abs. 1 obliegende Anzeige  
nicht in der geforderten Frist erstattet oder wesentlich  
unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

11. wer den Vorschriften des § 8 Abs. 1 Nr. 3 zweiter  
Halbsatz, § 12 Abs. 2, § 49 Abs. 1, 2, § 54,  
§ 55 Abs. 1, § 56 Abs. 1 zuwiderhandelt,

12. wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die eine Lan-  
deszentralbehörde, eine höhere Verwaltungsbehörde,  
ein Kommunalverband oder eine Gemeinde auf Grund  
des § 5 Abs. 3, 4, § 58, 59, 61, 62, 63 Abs. 2,  
§ 64, 65, 67, 68, 72 Abs. 1 Satz 3, § 73 Abs. 1,  
§ 73 a erläßt oder die nach § 75 in Kraft bleiben.

Der Versuch ist strafbar.

Im Falle der Nr. 9 tritt die Verfolgung nur auf Antrag  
des Betriebsinhabers ein.

Bei vorläufigem Verschweigen, Beiseiteschaffen, Veräu-  
ßern oder Verfügen von Vorräten muß die Geldstrafe,  
wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem drei-  
fachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die  
strafbare Handlung bezieht.

Neben der Strafe kann in den Fällen der Nr. 1  
bis 6, 10 bis 13 auf Einziehung des Getreides oder der Er-  
zeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung  
bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder  
nicht, soweit sie nicht gemäß § 72 für verfallen erklärt  
worden sind.

Wenn infolge polizeilicher Untersuchung von Getreide  
oder daraus hergestellten Erzeugnissen einschließlich Badwaren  
eine rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen  
dem Verurteilten die durch die polizeiliche Untersuchung er-  
wachsenen Kosten zur Last. Diese sind zugleich mit den  
Kosten des gerichtlichen Verfahrens festzusetzen und einzuziehen.

§ 81. Ist eine der im § 8 bezeichneten strafbaren  
Handlungen gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so  
kann die Strafe auf Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geld-  
strafe bis zu hunderttausend Mark erhöht werden. Neben  
Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte er-  
kannt werden.

§ 82. Der Reichsminister für Ernährung und Land-  
wirtschaft kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Ver-  
ordnung zulassen.

§ 83. Diese Verordnung tritt am 26. Mai 1920 in  
Kraft. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirt-  
schaft bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Kreiswohlfahrtsversicherung.

Aus Anlaß eines Spezialfalles bringe ich hier nochmals  
besonders zur Kenntnis der Versicherten, daß die Zahlung  
der monatlichen Versicherungsbeiträge bis spätestens zum 3.  
eines jeden Monats erfolgt sein muß.

Nach § 12 des Versicherungsreglements, welches jeder  
Versicherte in den Händen hat, ruht die Entschädigungs-  
pflicht der Versicherung, wenn die Zahlung der Beiträge nicht  
regelmäßig erfolgt. Wenn also beispielsweise am 9. eines  
Monats ein versichertes Schwein, für welches der Beitrag  
für den betreffenden Monat noch nicht gezahlt ist, freipiert,  
so müßte die Zahlung einer Entschädigung abgelehnt werden,  
weil der Versicherte den Bestimmungen des Versicherungsregle-  
ments — § 25 — nicht nachgekommen ist.

Um die Versicherten vor selbstverschuldeten Verlusten zu  
bewahren, liegt es in deren eigenem Interesse, die kleinen  
Versicherungsbeiträge rechtzeitig am Anfang eines jeden Mo-  
nats — spätestens aber bis zum 3. zu zahlen.

Die Herren Beauftragten ersuche ich, die Versicherten  
bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur rechtzeitigen Zahlung  
der Monatsbeiträge anzuhalten und sie auch auf die Nach-  
teile, die durch nicht rechtzeitige Zahlung für sie entstehen,  
besonders aufmerksam zu machen.

Diese Verfügung haben die Herren Beauftragten zu ihren  
Aktien zu nehmen.

Limburg, den 18. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.  
Schellen.

N. A. 2011.

Es soll in letzter Zeit wiederholt vorgekommen sein, daß  
Behörden der polnischen und der tschechoslowakischen Republik  
sich an die Verwaltungen preussischer Gemeinden mit Er-  
suchen gewandt haben, militärische Gefestigungsbefehle an die  
Gefestigungspflichtigen auszufertigen, Auskünfte über Deser-  
teure zu geben u. a. Solange nicht eine endgültige Regelung  
über diese Fragen durch die betreffenden Staatsregierungen  
erfolgt ist, ist derartigen Anträgen nicht stattzugeben.

Limburg, den 16. Juni 1920.

Der Landrat.

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 8 Uhr. Samstag morgen 9 Uhr.  
Samstag nachm. 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 9 Uhr 35.

Postkarten

werden außer angefertigt in der  
Druckerei des Kreisblattes.



**Bekanntmachungen und Anzeigen  
der Stadt Limburg.**

**Lebensmittelverteilung.**

Auf Abschnitt Nr. 208 der Lebensmittelkarte kommen in der nächsten Woche:

250 gr. Haferflocken und  
75 gr. Hafermehl

zur Verteilung

Abgabe der Abschnitte an die Geschäfte bis Samstag, Ablieferung durch die Gewerbetreibenden bis Montag mittags, Ausgabe an die Geschäfte am Dienstag. 2(155)

Städtisches Lebensmittelamt.

**Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 519) folgendes vorläufig bestimmt:

Das Begleiten von Kleinvieh aus dem Bezirke der Gemeinde Limburg (Lahn) — und das Durchtreiben von solchem Vieh sowie das Fahren mit angespannten fremden Wiederkäuern ist verboten.

Diese vorläufige Anordnung tritt sofort außer Wirksamkeit, wenn der beauftragte Tierarzt feststellt, daß Maul- und Klauenseuche nicht vorliegt und daß auch der Verdacht dieser Seuche nicht begründet ist.

Limburg (Lahn), den 1. Juli 1920.

8(152)

Die Polizeiverwaltung.

**Bekanntmachung.**

Da nach § 7 der Ortspolizeiverordnung vom 20. Mai 1912 das Baden in der freien Lahn innerhalb des Stadtbezirkes Limburg nur von einer zugelassenen Badeanstalt aus erlaubt ist, ist im Interesse des öffentlichen Badewesens und zur Förderung der Gesundheitspflege mit dem Besitzer der hiesigen Flußbadeanstalt, Herrn Franz Hartmann hier, bezüglich seiner Badeanstalt folgendes Abkommen getroffen:

1. Die Badeanstalt steht Unbemittelten während der Badezeit an Mittwoch und Samstag-Nachmittagen von 5 Uhr ab zur Benutzung frei; vom 15. August an von 4 Uhr ab.
2. Von Unbemittelten dürfen jeweils nicht mehr als 40 Pfg. Badegeld erhoben werden.
3. Der Badeanstaltsbesitzer ist verpflichtet dafür zu sorgen, daß Personen beiderlei Geschlechts in der Badeanstalt gegen entsprechende Vergütung Schwimmunterricht erhalten können.

Limburg, den 5. Juli 1920.

10(154)

Der Magistrat

**Bekanntmachung.**

Wie in zahlreichen Gärten der Stadt beobachtet worden ist, tritt die Blausäure an den Obstbäumen recht zahlreich auf. Abgesehen davon, daß bei einem weiteren Umsichgreifen eine gute und auskömmliche Obsternte in Frage gestellt ist, so ist auch Schaden, den die Blausäure an den einzelnen Obstbäumen anrichtet, ein ungeheurer, auf den die Obstbaumbesitzer besonders aufmerksam gemacht werden. Die Bäume entziehen den Bäumen einen großen Teil des Saftes und geben gleichzeitig einen ätzenden, sozusagen giftigen Stoff, durch den Wulste und Wucherungen entstehen.

Es ergeht daher die Aufforderung an sämtliche Obstbaumbesitzer ihre Bäume einer sofortigen Kontrolle zu unterziehen und die Blausäure gründlich zu beseitigen.

Zur Beseitigung können folgende Mittel zur Anwendung gelangen:

- a) Obstbaumkarbololium
- b) eine 50% Spiritus- oder
- c) eine 7-10% Parzölseifenmischung.

Die Nichtbefolgung der vorstehenden Anordnung unterliegt nach § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. 4. 1880 in Verbindung mit § 7 der Feldpolizeiverordnung für den Reg. Wiesbaden vom 6. 4. 1882 (A. Bl. S. 152) einer Bestrafung bis zu 150 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt.

Die Polizeibeamten und Feldhüter sind angewiesen, Nichtbefolgungen zur Anzeige zu bringen. 11(154)

Limburg, den 7. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

**Deutsche Worte**

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und  
Bodenreform

mit den Beilägen

Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

**Lehrverträge** zu haben in der  
Kreisblatt-Druckerei.

**Wirksames  
Insertionsorgan**

ist der in

**LIMBURG (Lahn)**

im 83. Jahrgang

tägl. erscheinende

Gegründet  
1898.

**„Limburger Anzeiger“**  
Amtl. Kreisblatt.

1898  
gegründet.

**Anzeigenblatt**

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden

in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 3,90 M. monatlich.

**Pelzwaren**

— Umänderungen  
— Neuanfertigen,  
— Reparaturen,  
— Gerben & Färben  
von Fellen  
zu mäßigen Preisen

in sauberer Ausführung.

4(145)

**Joh. Wagner,**

Kürschner.

Bischofsplatz 5, an der Stadtkirche.

**Schreibmaschine**

in gutem Zustande, Fabrikat Post, billig zu verkaufen bei

**Walter Graß,**

1(155)

Jollhaus (Post und Bahnstation).

**Bestellen Sie sofort**

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-  
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

**Das Hamburger  
Fremdenblatt**

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten  
und Kupfertiefdruck-Beilage  
**Rundschau im Bilde**

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—  
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 7.50, vierteljährl. M. 22.50  
Probenummer kostenfrei n. portofrei.

Auslands- und Wochen-Ausgabe  
des Hamburger Fremdenblatts:

**Deutsche Uebersee-Zeitung**

reich illustriert in Kupfertiefdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 6.— vierteljährlich.  
Wir versenden an uns ausgegebene Adressen  
von Auslandsdeutschen Probenummer mit Tarif.

Bei allen Anfragen und Mitteilungen, die eine Anzeige uns betreffen, ist es unbedingt erforderlich, daß die jeder Anzeige beige druckte Nummer — z. B. 3(42) — angegeben wird. Anfragen ohne die Nummerangabe können in keinem Falle beantwortet werden.

Die Geschäftsstelle.

**Für Kranke!**

**E. Melcher,**  
Krankpall und Massagepall,  
Limburg a. L., Dörschel 24  
Sprechst. 8-12 und 1-4.  
Sonntags bis mittags.  
Bei Anfragen von auswärt.  
Rückporto. 4(146)

**Metallbetten**

Stahlrahmenbetten, Kinderbetten,  
Posten an jederman. Mat. für  
Eisenmöbelfabrik, Suhl, Thür.

**Großer  
politischer  
Nachrichten-  
dienst  
Vossische  
Zeitung**  
Berlin

Monatlicher Bezugspreis  
Mk. 14.—

**Arbeitsbücher**

zu haben in der  
Kreisblatt-Druckerei

**Prima Apfelwein**

abzugeben.

1(148)

Küferei und Weinhandlung

**K. Gemmer,**

Außstraße 1. 4, hinter der Turnhalle.

**Billiges Brot**

durch Selbstbacken in unserem

**Hausbrot-  
backofen**



**„Goliath“**

Beschreibung und Preisliste gratis und franco, auch über Fleisch-  
ränder- und Aufbewahrungsschränke „Goliath“ für Hausgeschäfte, 1(88)  
das ganze Jahr hindurch!

**Backofen-Industrie Lauterbach 81** (Oberhessen).

Lüdtgite Vertreter gesucht!

**Kursbericht des „Limburger Anzeiger“**

vom 8. Juli 1920

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börse von der  
Bank für Handel u. Industrie, Niederlassung Limburg.

	letzter Kurs	vorletzter Kurs
5% Kriegsanleihe	79, 1/2	
5% Reichsschatzanweisung	I. 100, 1/4	
5% Reichsschatzanweisung	II. 98, 40	
5% Reichsschatzanweisung	III. 98, 30	
4 1/2% Reichsschatzanweisung	IV-V. 81, 30	
4 1/2% Reichsschatzanweisung	VI-IX. 74, 60	
4% Reichsschatz.	70, 1/4	
3 1/2% Reichsschatz.	60, 1/4	
3% Reichsschatz.	—	
4% Preuss. Staatsanleihe	70, 1/2	
3 1/2% Preuss. Staatsanleihe	60, 1/4	
3% Preuss. Staatsanleihe	—	
4% Badische Anleihe	79, —	
4% Bayer. Staatsanleihe	86, 60	
4 1/2% Hamburger Staatsanleihe	—	
4% Preuss. Anleihe	84, —	
4% Sächsische Anleihe	—	
4% Württembergische Anleihe	87, 40	
4% Oesterr. Gold-Rente	39, 1/2	
4 1/2% Silber-Rente	30, 40	
4% Russische Anleihe von 1902	—	
4 1/2% Staatsanleihe	—	
4% Türkische Anleihe (Bagdadbahn)	95, 1/2	
4% Ung. Gold-Rente	58, 10	
4% Kronen-Rente	29, 1/2	
4% Hess. Landeshyp.-St. Pfdbf.	100, 20	
4% Nassau. Landesobl. Obl.	100, 1/2	
3 1/2% Nassau. Landesobl. Obl.	93, —	
3% Nassau. Landesobl. Obl.	81, —	
4% Rheinprovinz Anl.	101, —	
4% Anleihe der Stadt Darmstadt	92, 60	
4% „ „ „ Frankfurt a. M.	108, —	
4% „ „ „ Mannheim	—	
4% „ „ „ Wiesbaden	99, —	
4% Frankf. Hyp. St. Pfdbf.	100, 00	
3 1/2% Frankf. Hyp. St. Pfdbf.	89, —	
3% Frankf. Hyp. St. Pfdbf.	100, —	
4% Meiningen Hyp. St.	99, 1/2	
4% Preuss. Pfandbrief St.	100, 1/2	
4% Rhein. Hyp. St.	100, 1/2	
4% Westdeutsche Bod. Cred.	99, —	
4 1/2% Sudet. Obl.	—	
4% Harzw. Höchst Obl.	108, —	
4 1/2% Böhmer. Obl.	—	
4 1/2% Main-Kraichgau Obl.	—	
Reichsbank Aktien	152, —	
Darmstädter Bank Aktien	256, —	
Deutsche Bank	18, 1/2	
Disconto Commandit Akt.	—	
Dresdner St. Aktien	138, —	
Mitteldeutsche Kreditbank Aktien	—	
Bochumer Bergbau-Aktien	—	
Sudet. Eisenwerke	280, 1/2	
Dach. Berg. Bergw.	301, 1/2	
Gelsenberg	310, —	
Harpener Bergbau	—	
Böhmer. Berg	183, —	
Hamb. Amerik. Packst. Aktien	178, —	
Norddeutscher Lloyd	295, —	
Algen. Elektr. Ges.	231, —	
Altenverke vorm. Rieper	—	
Chem. Albert-Werke	—	
Harzwerke Höchst	345, 1/2	